

## Energie einsparen und klimaneutral erzeugen

Der BUND fordert eine vollständige Versorgung aus erneuerbaren Energiequellen bis spätestens zum Jahr 2040. Dies erfordert eine deutliche Reduzierung des Energieverbrauchs, eine erhebliche Steigerung der Energieeffizienz und einen konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien. Der Ausbau der Erneuerbaren muss umwelt-, natur- und sozialverträglich erfolgen.

### **Energieverbrauch drastisch senken**

Das Land muss eine flächendeckende und kontinuierliche Energiesparberatung für die Sektoren Wohnen, Gewerbe/Industrie und kommunale Liegenschaften sicherstellen. Es bedarf einer Energieeffizienz-Offensive für private Haushalte, Unternehmen, Land und Kommunen, angelehnt an den kostenlosen Stromsparcheck. Im Bereich der Gebäudewärme fordert der BUND, die jährliche energetische Sanierungsquote im Gebäudebestand von derzeit 1 % auf mindestens 2,5 % bis 2035 anzuheben. Auch denkmalgeschützte Gebäude sind bei der energetischen Sanierung und Modernisierung einzubeziehen. Eine steuerliche Abschreibung der Investitionen für Private und Gewerbe/Industrie kann hierzu einen guten Beitrag leisten und sollte von Niedersachsen als Bundesratsinitiative eingebracht werden.

### **Dezentrale Energieversorgung mit Stärkung von Energie aus Bürger\*innenhand**

Ein wesentlicher Anteil des Ausbaus erneuerbarer Energien muss in die Hand von Bürger\*innen, Kommunen, Stadtwerken und Genossenschaften gelegt werden, um die Akzeptanz des Ausbaus deutlich zu steigern. Möglichkeiten der Teilhabe müssen ausgebaut, erfolgreiche Modelle von Bürger\*innenenergiegesellschaften in der Gesellschaft breiter verankert werden. Die Landesregierung soll sich dafür einsetzen, dass Erzeuger-Verbraucher\*innengemeinschaften mit notwendigen Rechten ausgestattet und Marktprämien für Bürger\*innenenergieprojekte, kostenfreie Gründungsunterstützung und Weiterbildungen als Anreize eingeführt werden.

### **Ausstiegsplan für fossile Infrastruktur vorlegen**

Das Land Niedersachsen muss einen ehrgeizigen Ausstiegsplan aus der fossilen Energie vorlegen. Ein Ausbau fossiler Infrastruktur insbesondere für den Import von verflüssigtem Erdgas (LNG) ist aufgrund umweltschädlicher Fördermethoden, hoher Energiebedarfe für Umwandlung und Transport, langer Investitionszeiträume und Nutzungsdauern von bis zu 50 Jahren nicht mit den Klimazielen vereinbar. Der BUND fordert weiterhin ein konsequentes Ausstiegsszenario aus der Erdgasförderung. Neue Fördervorhaben lehnt der BUND strikt ab.

### **Energiewende konsequent umsetzen**

Niedersachsen muss den naturverträglichen Ausbau der Windkraft an Land vorantreiben. Um Planungssicherheit zu schaffen, müssen Vorrang- und Ausschlussgebiete konsequent festgelegt, Antragsunterlagen verbessert und aktuelle planungsrelevante Daten seitens des Landes bereitgestellt werden. Das Repowering ist zu forcieren, dabei müssen Planungsfehler der Vergangenheit beseitigt werden. Notwendig ist eine Pflicht zur Nutzung von Photovoltaik auf allen Neubauten sowie bei Dachsanierungen. Um den Anteil von PV-Anlagen auf Altbauten zu erhöhen, sind wirtschaftliche Hemmnisse abzubauen und Förderungen auskömmlich zu gestalten. Gleichzeitig ist ein verlässliches Energiekonzept erforderlich, auf dessen Basis der Ausbau von Energieerzeugungs-, Speicher- und Übertragungsinfrastruktur vorangetrieben wird.

### **Naturverträglichkeit bei der Erzeugung erneuerbarer Energien sicherstellen**

Um Windenergie an Land zu fördern, bedarf es bundesweiter Standards anstatt das Artenschutzrecht aufzuweichen. Landesweite Artenschutzprogramme für betroffene Arten müssen entwickelt und umgesetzt werden, damit Ausnahmegenehmigungen künftig leichter erteilt werden können. Windkraft im Wald ist aufgrund der besonderen

Schutzfunktionen des Waldes und dem geringen Waldanteil in Niedersachsen auf Flächen zu begrenzen, die durch Bauten oder technische Einrichtungen vorbelastet sind. Bei Photovoltaik und Solarthermie muss der Ausbau auf Gebäuden und versiegelten Flächen klare Priorität haben. Ein ergänzender Ausbau von Freiflächen-Solaranlagen ist wirksam zu steuern und auf vorbelastete Flächen zu konzentrieren.

Bei der Offshore-Windenergie fordert der BUND eine Begrenzung auf 15 GW bis 2030. Nur so können massive Eingriffe in das Weltkulturerbe und den Nationalpark Wattenmeer durch zusätzliche Kabelanbindungen auf ein verträgliches Maß reduziert werden. Im Küstenmeer dürfen keine neuen Offshore-Windparks genehmigt oder bestehende erweitert werden. Die Genehmigungen der sogenannten Pilotparke Nordergründe und Riffgat müssen schnellstmöglich auslaufen.

### **Grünen Wasserstoff bedarfsgerecht einsetzen**

Grüner Wasserstoff wird langfristig ein seltenes und kostbares Gut bleiben. Deshalb darf er nur in Bereichen eingesetzt werden, wo keine klima- und umweltschonenderen Alternativen realisierbar sind. Einen Beitrag zur Klimaneutralität kann Grüner Wasserstoff nur leisten, wenn er energieeffizient erzeugt, transportiert und genutzt wird und strenge Nachhaltigkeitskriterien für den Import gelten.

### **Mit gutem Beispiel voran gehen**

Das Land Niedersachsen muss bei der Energiewende Vorbildfunktion einnehmen und seine Landesliegenschaften bis spätestens 2035 treibhausgasneutral umstellen. Auch der Fuhrpark der Landeseinrichtungen muss auf klimaneutrale Antriebe umgestellt werden.

### **Energiewende mit Wissenschaft und Gesellschaft**

Zur Begleitung der Umsetzung, des Monitorings und der Fortschreibung der Niedersächsischen Klimaschutzstrategie muss ein unabhängiges Beratergremium eingerichtet werden, bestehend aus Vertreter\*innen der Verbände, Wirtschaft, Kommunen und Wissenschaft.